Nr. 53.
Leipzig.
erscheint außer Sonntags täglich.
Preis
vierteljährlich 7 M. 50 Pf.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.

Deutsche Allgemeine Zeitung.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Dienstag,
4. März 1879.
Inserate
sind an die Expedition in Leipzig zu senden.
Insertionsgebühr
für die Spaltenzeile 20 Pf.,
unter Eingesandt 30 Pf.

Telegraphische Depeschen.

* **Berlin**, 1. März. Sr. Maj. Glattdeckscorvette Nymphe, neun Geschütze, Commandant Corvettenkapitän Sattig, ist am 3. Jan. in Saint-Vincent eingetroffen, verließ diesen Hafen wieder am 7. Jan., kam am 9. Jan. in La-Guayra an, ging am 12. Jan. wieder in See und ankerte an demselben Tage im Hafen von Puerto-Cabello. Am 14. Jan. morgens ging das Schiff wieder nach La-Guayra, traf nachmittags daselbst ein, ging am 16. Jan. wieder in See und ankerte am 17. Jan. im Hafen von Puerto-Cabello.

* **München**, 1. März. Die II. Kammer hat den vom Reichsrathe abgeänderten Gesetzentwurf über die Besteuerung der Wanderlager, jedoch mit Ausnahme der vom Reichsrathe zu Art. 14 beschlossenen Aenderungen, mit 125 gegen 9 Stimmen genehmigt. Der Gesetzenwurf über Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes passirte die erste und zweite Lesung und wurde in letzterer mit 97 gegen 42 Stimmen angenommen. Vom Minister des Innern wurden die Kosten der Einrichtung des Verwaltungsgerichtshofes mit 92160 M. berechnet, die durch Ersparnisse beim Etat des Staatsrathes und bei den Ministerien des Innern und des Cultus im Betrage von 100670 M. gedeckt werden sollen.

* **Budapest**, 1. März. Im Unterhause ist von dem Ministerpräsidenten Tisza ein Gesetzentwurf eingebracht worden, nach welchem der Berliner Vertrag angenommen und inartikulirt wird. — In dem Budgetausschusse der österreichischen Delegation hat eine längere Generaldebatte über die Bewilligung der Credite zur Bestreitung der Occupationskosten stattgefunden, speciell über die Ertheilung der Indemnität für die Auslagen pro 1878. Der Kriegsminister und der Finanzminister traten für die Regierung ein. Es wurden heute weder Anträge gestellt, noch Beschlüsse gefaßt. Morgen soll die Debatte fortgesetzt werden. Der von der Regierung beantragte Nachtragscredit für die diplomatischen Verkehrungen im Orient ist vom Ausschusse genehmigt worden. Im Laufe der Debatte über diesen Gegenstand bemerkte Graf Andrássy, daß der Ministerresident für Rumänien ernannt worden sei, damit auch in dieser Richtung der Berliner Vertrag zur Ausführung komme.

* **Budapest**, 1. März abends. In dem Budgetausschusse der österreichischen Delegation theilte Graf Andrássy mit, daß an den Commandanten von Serajewo die positivsten Weisungen dahin ergingen, daß die ganze Landesverwaltung sich streng innerhalb der Grenzen der eigenen Landeseinnahmen bewegen müsse; mit Rücksicht auf die Verhältnisse des Landes seien nur allmähliche definitive Administrationseinrichtungen möglich. Der Ausschuß beschloß, morgen in die Specialdebatte über die Creditvorlagen einzutreten. Auf eine Anfrage erklärte Graf Andrássy, daß es sämmtlichen Regierungen freigestellt bleiben müsse, die Frage der Unabhängigkeit Rumäniens in Erwägung zu ziehen, falls Rumänien die Vertragsbedingungen nicht erfüllen sollte; die rumänische Regierung habe übrigens die bündigsten Versicherungen ertheilt. Weiter bemerkte Graf Andrássy, daß betreffs Serbiens Oesterreich-Ungarn das Recht gewahrt sei, nach Maßgabe der Verhandlungen eine Zolleinigung oder einen Handelsvertrag abzuschließen. Die vereinigten Ausschüsse der ungarischen Delegation beschlossen, die Berathung über die Occupationscreditvorlagen vorzunehmen.

* **Budapest**, 2. März. In der heutigen Sitzung des Budgetausschusses der Reichsrathsdelegation gab der Kriegsminister ein ausführliches Exposé über die Vorbereitung und die Durchführung der Occupation von Bosnien und der Herzegowina. Die Berathung der auf die Occupation bezüglichen Vorlagen wurde abgebrochen und der Bericht des Referenten über den Nachtragscredit zum Budget für das Ministerium des Auswärtigen nach längerer Debatte genehmigt. Der Minister der auswärtigen Angelegenheiten erklärte im Laufe der Debatte, die serbische Regierung trage an der Verzögerung des Zustandekommens der neuen Handelsbeziehungen keine Schuld; vor der Aufnahme der diesbezüglichen Verhandlungen sei eine genaue Vereinbarung zwischen dem österreichischen und dem ungarischen Ministerium nothwendig. Die Verhandlungen zur Herbeiführung dieser Vereinbarung seien gegenwärtig im Gange; zu denselben werde auch bisweilen der Vertreter Serbiens zugezogen.

* **Teplitz**, 27. Febr. Gestern wurden von hier an verschiedene Zeitungen unbegründete Sensationsnachrichten telegraphirt. Es ist unwahr, daß bei der schönauer Quellengruppe eine Wasserabnahme stattgefunden. Diesbezügliche Behauptungen beruhen auf falscher Beurtheilung der normalen Folgen der neuen, von Fachmännern gemachten Experimente. In Teplitz ist das Wasser einiger Brunnen zwar zurückgetreten, doch ist dies bedeutungslos.

Teplitz, 1. März. Bei der Schachtabteufung nächst dem Stadtbade wurde bis 6 Uhr abends eine Tiefe von 9 Metern erreicht. Gelegentlich der Erdarbeiten an der Riesenquelle hat Professor Wolf, nach Beseitigung des bisher bestandenen Mauerwerkes, in einiger Tiefe die Ueberreste einer frühern Quellenfassung entdeckt, welcher er, insbesondere wegen des bereits weit vorgeschrittenen Verkohlungsprocesses des vorhandenen Holzmaterials, ein bedeutendes Alter beimißt. (N. Fr. Pr.)

Teplitz, 1. März. Während des gestrigen Tages stieg das Wasser constant in allen teplitzer Brunnen, welche Thermalwasser führen. Hierin erkennt Bergrath Wolf eine entschiedene Besserung der Lage und bezeichnet die Ausgleichung des Niveau in den inundirten Schachten und das Aufhören des Steigens des Wassers in denselben als unmittelbar bevorstehend. Die Tiefe, in welcher bei der Abteufung nächst dem Stadtbade Wasser gefunden werden wird, läßt sich hauptsächlich deshalb nicht genau bestimmen, weil sich durch Berechnungen definitiv herausgestellt hat, daß die Höhencoten für Teplitz Schönau unrichtig bestimmt waren. Nunmehr ist auch hier ein technisches Bureau der Aussig-Teplitzer Eisenbahn mit neuen Messungen beschäftigt. In jenen Brunnen, welche ausschließlich von aus atmosphärischen Niederschlägen stammendem Wasser gespeist werden, sank der Wasserspiegel zwar auch weiterhin, jedoch legen die Fachmänner diesem Umstande keine Bedeutung bei und prognosticiren die baldigste Wiederherstellung des frühern Wasserstandes auch in diesen Brunnen. (N. Fr. Pr.)

Krakau, 1. März. Heute wurden hier einige Lehramtscandidaten für die Volksschule verhaftet, da sie socialistischer Umtriebe dringend verdächtig sind. — Nach einem Berichte aus Charkow war die Ursache der Ermordung des dortigen Gouverneurs dessen Strenge gegen verhaftete Nihilisten; ihm wurde schon früher brieflich der Tod angedroht. Zahlreiche Verhaftungen werden vorgenommen. (N. Fr. Pr.)

* **Bern**, 2. März. Gestern Abend starb in Glarus der Bundespräsident Dr. J. Heer im Alter von 54 Jahren.

* **Madrid**, 2. März. Es ist hier das Gerücht von einer bevorstehenden Ministerkrisis verbreitet. Als Grund für letztere wird angegeben, daß der Gouverneur von Cuba, General Martinez Campos, 200 Mill. Pesetas für Cuba verlangt habe, worauf der Ministerpräsident Canovas del Castillo erklärte, daß er eher seine Entlassung nehmen würde, als auf die Forderung Martinez Campos eingehen, da bei der gegenwärtigen Finanzlage Spaniens die Verausgabung einer solchen Summe unmöglich sei.

Paris, 1. März mittags. Der Minister Marcère war bei seiner heutigen Rechtfertigung auf der Tribüne dermaßen bewegt, daß er weinte. Die Stimmung der Kammer bei den Erklärungen war eine für ihn nicht ungünstige; doch sieht man in der Vertagung der Interpellation auf den Antrag Clémenceaux', obgleich Marcère die sofortige Debattirung wünschte, ein Symptom, daß seine Stellung noch immer gefährdet sei. Die Rechte ist entschlossen, am Montag in die Debatte einzugreifen und zwar gegen den Minister, dessen Sturz somit vielfach für unvermeidlich gilt. — Regnault weigert sich, den Posten des Polizeipräfecten von Paris anzunehmen, ebenso haben auch andere diesen Posten ausgeschlagen, den ihnen die Regierung angeboten. — Gigot schlug die Ernennung zum Staatsrathe aus, verschiedene Abtheilungschefs haben ihre Entlassung eingereicht, sodaß sich die Polizeipräfectur in voller Desorganisation befindet. Das Publikum ist von diesen Vorgängen noch auf das lebhafteste beunruhigt. — Léon Say ist fortwährend der Gegenstand lebhafter Angriffe wegen der

---

Das zweite parlamentarische Diner und die zweite Soirée beim Fürsten Bismarck.

Die «Post» berichtet über das Diner:

„Zu dem am 28. Febr. bei dem Fürsten Bismarck stattgehabten parlamentarischen Diner war das Gesammtpräsidium des Reichstages, einschließlich des Bureau, in welchem alle Fractionen vertreten sind, geladen. Unter den Abgeordneten, welche nicht zum Bureau gehören, befanden sich unter andern die Herren Graf v. Frankenberg, v. Bötticher, Frhr. v. Minnigerode, v. Helldorff, v. Seydewitz, Geheimrath Stumm, v. Kardorff, Dr. Wehrenpfennig, von Herren, welche nicht dem Reichstage angehören, Graf Dürckheim-Montmartin und Kammerherr v. Buggenhagen, welche zu den Wirthschaftsreformern gehören und dem Fürsten eine Adresse hatten überreichen wollen. Der Fürst nimmt jedoch eine solche nicht an, und es war dafür anscheinend diese Einladung erfolgt. Zu dem Diner führte Hr. v. Forckenbeck die Fürstin Bismarck, zu deren Rechten der Abg. v. Stauffenberg saß. Neben dem Fürsten hatten Dr. Lucius und der gleichfalls anwesende Hr. v. Bennigsen ihre Plätze. Nach dem Diner erschien auch Fürst Hohenlohe-Langenburg, der vorher zur kaiserlichen Tafel geladen war.

Der Kanzler, welcher in den letzten Tagen infolge einer Erkältung sich eine Gesichtsanschwellung zugezogen hatte, die ihn auch verhinderte, dem Leichenbegängnisse des Feldmarschalls Grafen v. Roon beizuwohnen, unterhielt sich nach aufgehobener Tafel zunächst eine halbe Stunde mit Hrn. v. Forckenbeck, der sich dann entfernte, und welchem der größere Theil der Gäste folgte. Nur eine kleine Anzahl blieb noch in lebhaftem Gespräche, welches sich theils um die Pestgefahr, theils um die wirthschaftlichen Fragen drehte, zurück. Der Fürst entwickelte die Schwierigkeiten für die Reichsregierung, welche die Pestgefahr insofern bietet, als derselben ein zu rasches Eingreifen mit strengen Quarantänemaßregeln, wenn sie sich später als unnöthig herausstellen sollten, ebenso zum Vorwurfe gemacht werden würde, als eine Versäumniß in dieser Beziehung, eine Schwierigkeit, welche noch durch die große Unsicherheit der Nachrichten erhöht wird. Sehr freundlich sprach sich der Fürst über Hrn. Delbrück aus, indem er wiederholt bedauerte, eine so vorzügliche Kraft verloren zu haben. In Bezug auf den ihm gemachten Vorwurf, daß er sich in früherer Zeit die wirthschaftlichen Ansichten, die er in einer Reichstagsrede ausgesprochen, habe souffliren lassen, antwortete der Fürst mit einer Anekdote aus seinem frankfurter Aufenthalt. Hr. v. Rothschild, der Chef des bekannten großen Bankhauses, sei einmal um seine Meinung über russische Häute gefragt worden, und er habe sich ganz kühl an die betreffende Persönlichkeit, welche in seinem Geschäfte mit der Sache am besten betraut sein mußte, mit der Frage gewendet: «Was ist meine Ansicht über russische Häute?»

Der Fürst sprach dann auch über die Stellung der verschiedenen Parteien zu ihm, und legte es namentlich den National-Liberalen ans Herz, daß es von ihnen unpolitisch sei, sich in ihren Reden so fest zu nageln, daß vielleicht ein Compromiß dadurch unmöglich gemacht würde, indem er dabei wiederholt auch sein Bedauern aussprach, daß er so häufig bei den Parteien, welchen er freundlich sei, keine Unterstützung finde und daher deshalb anderswo suchen müsse. Er hob auch hervor, daß man in Zollsachen mit dem Auslande rechnen müsse, daß schon jetzt durch hohe Schutzzölle, so namentlich in den Vereinigten Staaten, der deutschen Industrie jede Anerkennung unmöglich gemacht habe. Auch das berufsmäßige Parlamentarierthum kam wieder zu Sprache, und wurde bedauert, weil dadurch die Frische des Lebens und die innige Berührung mit dem Volke beeinträchtigt werde, obgleich der Fürst auch die große Schwierigkeit anerkannte, welche darin liegt, daß die Zahl der Personen, welche geeignet und bereit sind, sich der parlamentarischen Thätigkeit zu widmen, eine verhältnißmäßig geringe sei. Die Gesellschaft trennte sich erst gegen $8^1/_2$ Uhr."

Die Magdeburgische Zeitung berichtet darüber:

„Der Reichskanzler verglich unter anderm die Zollpolitik mit der Medicin. Es sei das keine recht feststehende Wissenschaft mit feststehenden Problemen. Die Chirurgie allein habe Fortschritte gemacht, die Pathologie seit Galen fast keine. Nach den Regeln der Wissenschaft, so sagen die Aerzte oft, hätte die Krankheit eigentlich so oder so verlaufen müssen — unterdeß ist aber alles ganz anders gekommen. Hätte die Wissenschaft recht gehabt, so müßte nach dem Kriege Frankreich volkswirthschaftlich fast zu Grunde gegangen sein, dagegen England und Deutschland prosperiren. Es ist aber umgekehrt gekommen. Amerika fängt an, wieder bessere Zustände zu erhalten, seitdem es die Klappe zugeschlossen hat. Delbrück sei ein kluger und gemäßigter Mann. Wäre er im Dienste ge-